

GEPLANTE TANK- UND RASTANLAGE AN DER A 63 IN STEINBACH

„Warum gerade dieser Standort?“

Zu unserer Berichterstattung über die geplante Tank- und Rastanlage an der A 63 bei Steinbach erhielten wir folgende Leserbriefe.

Der Termin für die Einspruchsfrist zum Planfeststellungsverfahren Tank und Rastplatz ist der 26. Juli 2005. Jeder Bürger unseres Staates kann hierzu bis zu diesem Termin einen begründeten Einspruch erheben. Der Versuch eines Obrigkeitsstaats (die Kaiserzeit ist seit 1918 abgeschafft) aufzusetzen und den Bürger einzuschüchtern ist stark ausgeprägt, jedoch von den mündigen Mitbürgern in keinster Weise zu akzeptieren. Warum ausgerechnet dieser Standort? Zirka vier Kilometer weiter sind sicher nicht die von uns geschilderten Probleme. Welches Interesse verfolgen der oder die Vertreter der Verbandsgemeinde? Die Aussage des Verbandsbürgermeisters „Zur der Zeit war ich noch nicht im Amt“ kann der mündige Bürger doch nur mit Kopfschütteln zur Kenntnis nehmen. Der nächste Satz heißt doch dann „Ich halte mich nicht an das Grundgesetz, – das war vor meiner Zeit, da war ich noch nicht im Amt.“ Ist das die Wahrheit, wenn „Zur Versachlichung der Argumente“ jetzt aufgerufen wird. Der sachliche Grund, warum dieser und kein anderer Standort möglich ist, ist nirgendwo zu erkennen. Aber was man raus lesen kann – Politiker haben auch 1980/85 nicht vorausgedacht. Wenn schon einen bestehenden Parkplatz und zur Zeit nicht erschlossen, erst vollständig abzureißen ist und dann neu überbaut werden soll, kann ich auch den alten erhalten und den „Rest“ neu an einen andern Standort bauen. Schlimm ist es, wenn man das Mäntelchen Versachlichung der Argumente heranzieht und dann Schwarz-Weiß-Argumente vom Dornröschenschlaf erhebt. Vergessen ist wohl auch die Steinbacher Jugendherberge, Keltendorf in

Steinbach, Keltengarten in Steinbach etc. Die erwähnte Aufbruchstimmung im Dorf ist vorhanden. Dies ist leider keine wirtschaftliche, sondern ein Fluktuationsgedanke, begründet mit Wohnbereichen, in denen eine Erholung, und zwar Tag und Nacht, nicht mehr möglich ist. Das Vorantreiben einer Rast- und Tankanlage an dieser Stelle hat zur Folge, dass die Planungen der Gemeinde Steinbach für neue Baugebiete sich so nebenbei erledigen und Steinbach somit ähnlich Börrstadt auf den Planungs- und Grundstückskosten sitzen bleiben und weiter als Schuldenberg vor sich herschieben wird. Traurig ist, was uns Mitbürgern hier von politischer Seite gezeigt wird. Das ist „Management bei Champions“. Bürger werden erstens im Dunkeln gehalten – keine Bürgerversammlung, keine richtige Information, keine Aussage, warum nur dieser Standort möglich ist. Und wenn ein Bürger den Kopf raus steckt, wird dieser am besten abgeschnitten. Ich finde, wir haben eine tolle Verbandsgemeinde. Wir können gespannt sein wer jetzt für seinen „großen Chef“ den nächsten Leserbrief schreibt. *Michael März, Steinbach*

„Rest an Lebensqualität sichern“

Es stellt sich doch vielmehr zunehmend die Frage der wirtschaftlichen Bedeutung der geplanten TuR für die Verbandsgemeinde Winnweiler. Ist es nicht so, dass den umliegenden Gemeinden Börrstadt, Standenbühl und Steinbach selbst, welche ohnehin überschuldet sind, die erhofften Gewerbesteuererinnahmen zu einer Haushaltsentlastung führen, was zeitgleich bedeutet, dass die Verbandsgemeinde den Gemeinden weniger Zuschuss zahlen muss und damit ihren eigenen überschuldeten Haushalt entlastet? Wen interessieren da ein paar „rückständige“ Bürger, die versuchen, in den keineswegs ruhigen Zeiten seit Durchgängigkeit der A 63 bis Kaiserslautern, den letzten Rest Lebens-

Wohnqualität zu sichern. Was da, als unmittelbar Betroffene, auf uns zukommt ist schlichtweg unzumutbar. Wir, eine Familie mit Kindern, drei Generationen unter einem Dach in der Oberen Mühle haben in Zukunft laut Planung folgendes zu erwarten: eine 5 Meter breite Zulieferstraße, welche in 25 Meter Entfernung am Haus vorbei auf die Raststätte führt. Zulieferverkehr in Form von 40-Tonner-Lkws Tag und Nacht, Tankwagen mit 30000 Liter Sprit, wenn es für den Betreiber gut läuft mehrmals am Tag, nicht zu vergessen, alle die sonst noch aus irgendeinem „Anliegen“ auf den Rastplatz fahren. Alles ohne geplanten Lärmschutz, wegen „Geringfügigkeit“ abgelehnt. Bis zur Rastanlage 70 Meter mit zwei Bäumen als Schutz die stehen bleiben müssen!? Auch die Landesaktionsgemeinschaft Natur und Umwelt e.V. hält diesen, nach dem Bau der A 63, weiteren zerstörerischen Eingriff in den Lebensraum von vielfältigen Tierarten in ihrer Stellungnahme für unzumutbar. Die Größe der TuR entspricht ohne Zweifel der des Steinbacher Ortskerns. Ein wirtschaftlicher Aufschwung für die Gemeinde Steinbach? Aufgrund dieser Tatsachen sieht es mit dem Wiederverkaufswert der Häuser, Grundstücke und Bauplätze schlecht aus. Es besteht die Aussage, dass Steinbacher Neubürger, wenn sie das gewusst hätten niemals hierher gekommen wären. Wie viele Arbeitsplätze wird es für Steinbach definitiv geben? Die Erfahrung zeigt, dass Betreiber solcher Anlagen mit möglichst geringen Personalkosten auskommen müssen und deshalb vorwiegend auf Niedriglohnbasis beziehungsweise Mini-Job einstellen oder gänzlich auf Personalleasing- oder Zeitarbeitsfirmen zurückgreifen. Das ist die Realität auf dem derzeitigen Arbeitsmarkt. Zur Aussage des Herrn Scherrer Rasthöfe würden „grundsätzlich nicht an Autobahnabfahrten geplant“. Es ist schade, dass Sie noch nicht bis Grünstadt gekommen sind, steht doch an der A 6 nichts anderes und dort hinzuzufinden ist alles andere als einfach. Für

Kirchheimbolanden wäre diese Art Rastplatz ideal. Ein Steinbacher, der unbedingt dort arbeiten möchte, würde auch die zwölf Kilometer nach dorthin auf sich nehmen. Wir gehen jede Wette ein, dass selbst der Bau der TuR, nicht einmal zu mehr Beschäftigung in der Region führt. Eine Firma Baab wird kein Gramm Boden ausheben, eine Firma Humbert nicht ein Sandkorn liefern. Die Initiative des sanften Tourismus, in Form von Keltendorf/-garten, Jugendherberge, Donnersberg haben wir sehr begrüßt, mit dem Bau einer TuR an geplanter Stelle sind unsere Hoffnungen auf dieser Welle mitzuschwimmen leider gestorben. Allenfalls eine billige Absteige wäre noch realisierbar. Für die Informationen und Hilfestellungen der Interessengemeinschaft Steinbach A 63 sind wir jedenfalls sehr dankbar wegen der unzulänglichen Informationspolitik seitens der Behörden. Selbst unser VG-Bürgermeister entzieht sich seiner Verantwortung für uns Bürger, indem er in aller Öffentlichkeit erklärt, er wäre „noch nicht im Amt“ gewesen. Man sieht mal wieder, dass Geld oder erhoffter Reichtum jedweder Form in unserer Gesellschaft mehr zählen, als der Mensch! Ganz schön „rückständig“ würden wir sagen. Hoffentlich küsst uns keiner wach, ständen wir doch plötzlich in der Realität des Lebens.

Anita und Marc-André Braun, Steinbach

„Verantwortung für Mensch und Natur“

Die überraschende Nachricht von dem Großprojekt „TuR Steinbach“, direkt neben einem Wohngebiet, hat mich sehr betroffen gemacht. Diesen (Alb-)Traum von mächtigen Interessenträgern schön deklarierten Wirtschaftsboom ist für mich absolut erschreckend. Ich frage mich, wo bleibt der Mensch und wo bleibt die politische Verantwortung gegenüber Mensch und Natur, vor allem im Hinblick auf die Zukunft von

uns nachfolgenden Generationen? Stehen Wirtschafts- und Machtinteressen höher als unbezahlbare Lebenswerte und Güter wie seelische und körperliche Gesundheit, Erholung, Ruhe und Natur? Bedenklich ist auch, wie der (mit Absicht?) verschleierte Planungsprozess verlaufen ist. Ich selbst bin in Steinbach in einer noch völlig intakten Natur aufgewachsen, wohne seit vielen Jahren in der Großstadt – konfrontiert mit Lärm und Feinstaub – und schätze es sehr, immer wieder in meine Heimat zurückkehren zu können. Natur und Erholung waren für mich immer aufs engste mit Steinbach verbunden. Doch schon jetzt ist die Lebensqualität durch die A 63 drastisch gesunken, was sich vor allem abends und nachts als in letzter Zeit zunehmend werdenden Lärmpegel bemerkbar macht; ein durchgehender Lärmschutzwall fehlt bis heute. Der Bau einer solchen großprotzigen Anlage würde die jetzt schon vorhandene Ohren-Kriminalität bei weitem übersteigen. Ich hoffe, dass die politisch Verantwortlichen die Not leidender Mitbürger ernst nehmen und Einsicht und Klarheit gewinnen, dass der Mensch (und zwar jeder) in seinen existentiellen Grundbedürfnissen – im Einklang mit Natur und Umwelt – im Mittelpunkt seiner politischen Bemühungen stehen muss. Eine aus rein wirtschaftlichem Nutzdenken hergeleitete folgenschwere Entscheidung wirkt letztendlich nur lebensfeindlich und zerstörend. *Ute Litmianski, Würzburg*

Die Redaktion freut sich über jeden Leserbrief. Um möglichst viele Leser zu Wort kommen zu lassen, müssen Zuschriften gekürzt werden. Anonyme oder fingierte Briefe sowie beleidigende Texte veröffentlichen wir nicht. Wir sind nicht zum Abdruck verpflichtet. Die Redaktion trägt die presserechtliche, nicht die inhaltliche Verantwortung. Wir bitten unsere Leser, in ihren Briefen ihre Telefonnummern für eventuelle Rückfragen anzugeben.